Geschrieben von: Lorenz
Mittwoch, den 04. Dezember 2013 um 12:34 Uhr

Anti-Atom-Protest vor Innenministerkonferenz in Osnabrück:

Minister müssen Katastrophenschutz an Erfahrungen aus Fukushima anpassen - es geht auch um die Sicherheit im AKW Grohnde



Osnabrück/Grohnde (wbn). Bei der Innenminister-Konferenz von Bund und Ländern ab heute in Osnabrück steht auch der Katastrophenschutz bei Atomkraftwerken, etwa dem AKW Grohnde im Weserbergland, auf der Tagesordnung. Vor dem Tagungshotel demonstrieren Atomkraftgegner.

Dazu hat Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt, folgende Erklärung abgegeben: „Fast drei Jahre nach Fukushima ist es höchste Zeit, dass der Katastrophenschutz in Deutschland an die Erfahrungen aus Japan angepasst wird. Die Vorschläge aus der Strahlenschutzkommission (SSK) zur Ausweitung der Evakuierungszonen rund um die Atomkraftwerke und der Absenkung der Grenzwerte für die dauerhafte Umsiedlung sind zwar absolut nicht ausreichend. Aber bevor die Minister gar nichts beschließen, wäre es besser, wenn sie in einem ersten Schritt zumindest die SSK-Empfehlungen umsetzen.

(Zum Bild: Für ein Umdenken nach der Fukushima-Katastrophe: Atomkraftgegner zeigen im Vorfeld der Innenminister-Konferenz in Osnabrück Präsenz. Foto: .ausgestrahlt)

Fortsetzung von Seite 1

Notwendig sind noch deutlich niedrigere Grenzwerte und größere Evakuierungszonen. Im dichtbesiedelten Deutschland können die radioaktiven Wolken aus havarierten AKW im Binnenland nicht wie in Japan aufs Meer wehen. Bei einem Super-Gau sind selbst die bisherigen Katastrophenschutz-Vorkehrungen wirkungslos. Größere Evakuierungen sind logistisch unter den Voraussetzungen von Massenpanik, verstopfter Verkehrswege und

dezimierter Einsatzkräfte völlig undenkbar. Viele Helferinnen und Helfer werden erst gar nicht zum Dienst erscheinen.

Selbst der beste Katastrophenschutz bietet keine Sicherheit für die Bevölkerung. Da hilft nur das Abschalten der AKW – und zwar jetzt und nicht erst 2022.“

In der Strahlenschutzkommission wurde eine Empfehlung erarbeitet, die vorsieht, künftig nicht mehr nur den Umkreis von 10 Kilometern um ein AKW zu evakuieren, sondern 20 Kilometer. Außerdem soll der Eingreifwert für Evakuierung und Umsiedlungen von 100 auf 50 Millisievert gesenkt werden.

In Japan liegt der Grenzwert für Umsiedlungen bei 20 Millisievert im Jahr, in Tschernobyl wurde sogar schon ab 5 Millisievert umgesiedelt. Nach einer Untersuchung des Bundesamtes für Strahlenschutz müssten bei der Anwendung des japanischen Grenzwertes die Menschen sogar noch in 170 Kilometer Entfernung vom AKW umgesiedelt werden."

Vor dem Tagungshotel der Innenministerkonferenz demonstrieren zur Stunde Aktive aus Anti-Atom-Initiativen und von .ausgestrahlt gegen den fahrlässigen Umgang mit den Atomkraft-Gefahren."